

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 4

Artikel: Demokratie statt Demokratisierung
Autor: Szeremietiew, Ronuald
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Diskussionsbeitrag des polnischen Oppositionellen Ronuald Szeremietiew

Demokratie statt Demokratisierung

Ronuald Szeremietiew ist der Wortführer der Polnischen Unabhängigkeitspartei, einer Organisation im Untergrund. Sie hält nichts von Verhandlungen mit den Machthabern und tendiert auf Überwindung des sozialistischen Systems mit folgenden Forderungen: freie Wahlen, Wiederherstellung des Privateigentums, Marktwirtschaft, uneingeschränkte Souveränität des Landes nach aussen. Mit einem Wort: Demokratie statt Demokratisierung. Szeremietiew war vor kurzem für einige Tage im Westen und hat uns für das Zeitbild die nachstehenden Überlegungen zusammengestellt.

Die Kommunisten, die in Polen diktatorisch herrschen, aber vom Volk abgelehnt werden, haben jenen Oppositionsbewegungen, die sie «konstruktive Opposition» nennen, Gespräche für eine Verständigung vorgeschlagen. Dabei sollen diese Partner als Gegenleistung dafür, dass sie das Regime anerkennen, in der Volksrepublik Polen (VRP) einige innenpolitische Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Die Partei verkündet, dass sie mit der Demokratisierung beginne, was im Westen

bereits als Umwandlung des Totalitarismus in eine Demokratie verstanden wird.

Das, was jetzt in Polen geschieht, ist keineswegs etwas Neues. In der Geschichte der kommunistisch beherrschten Staaten gibt es zahlreiche Beispiele scheinbarer Zugeständnisse. Wir hatten schon Bündnisse der Kommunisten mit demokratischen Organisationen, denen sogar eine begrenzte parlamentarische Vertretung zugestanden worden ist, und wir hatten bereits die Zulassung nicht-kommunistischer Organisationen. Das war beispielsweise der Fall in Polen nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Die Partei, damals mikroskopisch klein, hielt sich dank der sowjetischen Armee mit Gewalt an der Macht. Sie bot damals allen ihren Gegnern eine Machtbeteiligung für den Fall an, dass diese ihren Widerstand einstellten. Dieses Angebot nahm der wichtigste Repräsentant der Demokratie, Stanislaw Mikolajczyk, an. Er wurde Vizeministerpräsident, und seine Volkspartei erhielt einige Sitze im Sejm. Sobald aber die politischen Gegner der Kommunisten und der kämpfende Unter-

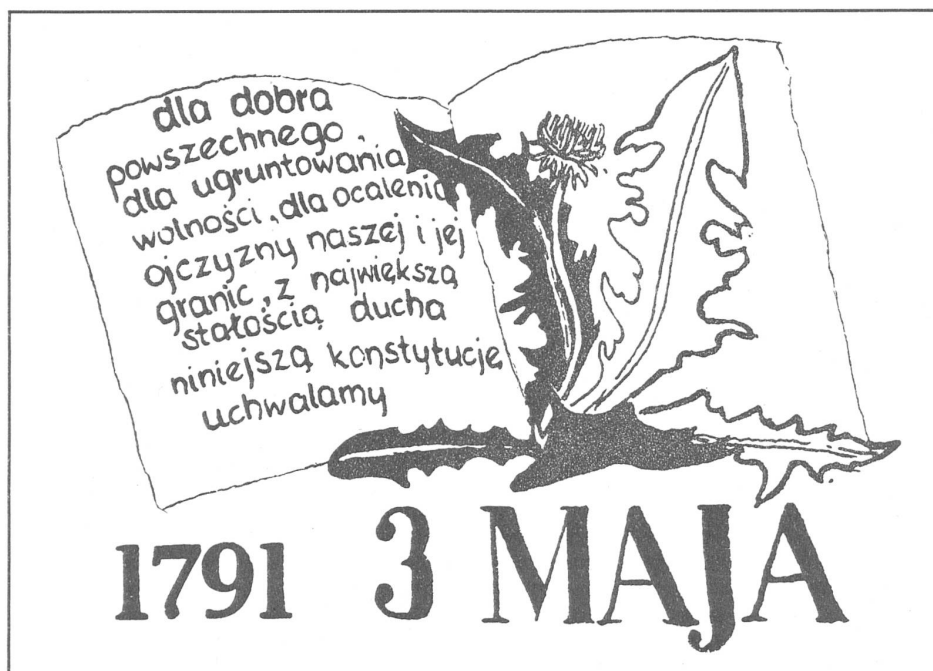
grund überwunden waren, kam die legale Opposition an die Reihe. Sie wurde unterdrückt und zerschlagen; Mikolajczyk selbst musste 1947 in den Westen flüchten.

Im demokratischen Staat ist das Parlament die höchste gesetzgebende Behörde. Die in freien und allgemeinen Wahlen erkorenen Parlamentarier entscheiden im Namen ihrer Wähler über die Rechtsordnung, über die Bildung der Regierung und über die Grundzüge der Politik. Im kommunistisch geführten Staat dagegen ist das Parlament nur die Nebelwand, die das wirkliche Machtzentrum verhüllt, das bei der Leitung der Partei liegt. Das wichtigste Herrschaftsmittel ist der Zwangsapparat mit Polizei und Armee. Nach kommunistischer Doktrin liegt die Macht bei jenem, der über Polizei und Armee gebietet. Der Partei-Apparatschik, der über Polizei und Armee verfügt, herrscht uneingeschränkt im Lande. Es ist bezeichnend, dass der Entscheid über die Aufnahme des sogenannten Dialogs mit der Opposition beim Innenminister lag, dem General Kiszczak, dem Chef des Zwangsapparates der VRP.

Das Wichtigste für die Wiederherstellung der Demokratie würde unzweifelhaft darin bestehen, dem Parlament seine eigentliche Bedeutung zurückzugeben, die Polizei und die Armee der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Aber die von der Partei in Polen vorgeschlagene «Demokratisierung» sagt nichts von einer Demokratisierung des Ressorts von Minister Kiszczak. Das bedeutet, dass das Regime weiterhin absolute Gewähr dafür hat, zur Repression greifen zu können, falls die Oppositionellen zu hartnäckig würden.

Ich bin skeptisch bezüglich der Ergebnisse von Gesprächen mit Kommunisten. Die polnischen Kommunisten der VPAP haben keineswegs die Absicht, sich von der Macht zurückzuziehen und auf ihre Alleinverfügungsgewalt über Polizei und Armee zu verzichten. Die «Demokratisierung» ist ein Täuschungsmanöver, um den Zusammenbruch des Sozialismus in Polen zu vermeiden. Die Gespräche am runden Tisch sind ein Mittel dazu.

Polen braucht keine kommunistische Demokratisierung, sondern eine ganz normale



8 Die Polnische Unabhängigkeitspartei verfügt über Untergrunddruckereien und hat zum Beispiel diese Karte herausgegeben, welche an die politische Verfassung von 1791 erinnert.

Demokratie mit freien Wahlen. Notwendig ist auch eine Regierung, die das Vertrauen des Volkes genießt. Eine solche Regierung nun kann nicht gebildet werden aufgrund von Verhandlungen zwischen Kommunisten und willfährigen Oppositionellen. Die beste Klarstellung über die Absichten der Partei wäre die Antwort auf die Frage, ob sie bereit ist, auf Repression und Terror zu verzichten, ob sie bereit ist, die Alleinverfügung über Polizei und Armee aufzugeben. ■



Ronuald Szeremietiew (Zeichnung von Max Keller)

DER KOMMENTAR

Ronuald Szeremietiew hat völlig recht mit seiner Bemerkung, die kommunistische Partei habe in Polen (wie übrigens auch in andern Ländern Osteuropas) schon früher mit demokratischen Kräften zusammengearbeitet und sie dann ausgeschaltet. Nicht recht hat er meiner Meinung nach hingegen mit der Unterstellung, die heutigen Pluralismusverhandlungen seien eine Neuauflage der damaligen Taktik, denn die Voraussetzungen sind direkt gegenteilig.

Tatsächlich handelt es sich nicht um eine Wiederholung des seinerzeitigen Vorganges, sondern vielmehr um dessen Umkehrung. In jenen Jahren 1945 bis 1948 befand sich die KP auf dem Vormarsch zur Alleinherrschaft, und heute befindet sie sich auf dem Rückzug von ihr, nachdem sie in ihrer Machtausübung gescheitert ist. Zur Phase der Partneranerkennung kommt sie aus der Gegenrichtung, und das macht den Unterschied. Sie berücksichtigt die Gegenkräfte nicht «noch», sondern «schon»; sie schickt sich nicht mehr an, die Zukunft zu erobern, sondern verteidigt mühsam ihren immer kleiner werdenden Restbestand an gestrigen Prinzipien, um von der gehabten Ordnung zu retten, was noch zu retten ist. Es gab 1812 zwei Meldungen mit dem gleichen Wortlaut: «Napoleon überquert die Beresina.» Aber die erste Meldung handelte von seinem Sieg, und die zweite Meldung handelte von seiner Niederlage.

Wir haben diese Thematik im Zeitbild schon ein paarmal behandelt und à propos Volksfronten im Baltikum speziell von der umge-

kehrten Salamtaktik gesprochen; wenn man an die frühere Implikation des Wortes «Volksfront» denkt, wird die Ironie der Geschichte doch wirklich offenbar.

Wie redlich oder unredlich es die Machthaber mit ihren Avancen gegenüber der Opposition meinen, ist dann noch eine andere Frage, aber angesichts des erstrangigen Sachverhalts, dass sie die Opposition als reale Kraft anerkennen müssen, kommt es weniger darauf an, wieviel Tugend sie aus ihrer Not machen. Ich sehe auch keinen Anlass zur Annahme, dass sie sich über Nacht zu Demokraten bekehrt hätten, aber zum Glück ist diese Voraussetzung für ihre historische Niederlage nicht mehr vonnöten. Wahrscheinlich sind sie im Moment weder besonders ehrlich noch besonders infam, und smart tun sie nur, weil sie sich nicht mehr klug verhalten können.

Selbstverständlich heisst das nicht, dass nunmehr alles glatt weiterlaufen müsse, bis zum berechenbaren Triumph demokratischer Kräfte in freien Wahlen oder so. Die reale Entwicklung ist noch nie ein Zug auf einem fixierten Geleise gewesen; warum sollte sie es jetzt sein? Und gerade deswegen ist es überrissen, der Perestrojka laufend Echtheitsbeweise auf dieser vorgezeichneten Linie abzufordern. Osteuropa ist «bloss» im Aufbruch, aber ist das nicht schon enorm?

Christian Brügger



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland Europa und Mittelmeerränder

Jahresabonnement sFr. 57.—/DM 68.—
Luftpost sFr. 62.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 36.—/DM 43.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.—

Wissenschaftlich-redaktionelle Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle,
Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere SOI-Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

**Revue de la Presse Suisse —
Informations — Commentaires** (für Afrika)

Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(für Lateinamerika)

Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(für arabische Länder)

Expertisen

Referentendienst

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)

Buchhandlung SOI